



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 24. Januar 2022

Der Kantonsrat hat eine Antwort des Regierungsrates auf eine Interpellation von SP, Grünen und AL zur langen Bearbeitungsdauer bei Stipendiengesuchen zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 437/2021](#)). Die Regierung versprach Besserung.

Der Kantonsrat hat eine Antwort des Regierungsrates auf eine Interpellation von SP, GLP, Grünen und AL zum Nutzungskonflikt zwischen Atommüll-Tiefenlagern und Tiefengrundwasser zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 438/2021](#)). Die Interpellanten befürchten, dass im Zusammenhang mit dem geplanten Atomendlager das Thema Tiefengrundwasser nicht ausreichend abgeklärt wurde. Baudirektor Martin Neukom erklärte, dass Tiefengrundwasser für die Trinkwasserqualität keine Bedeutung habe.

Weil sich der Bund bisher nicht an den durch seine COVID-19-Verordnung 2 verursachten Kosten und Ertragsausfällen der Spitäler und Kliniken angemessen beteiligen wollte, wird der Kanton Zürich nun in Bern vorstellig ([KR-Nr. 298/2020](#)). Der Kantonsrat hat mit 130 zu 35 Stimmen entschieden, dazu eine Standesinitiative einzureichen. Vor Zürich schickten schon die Kantone Schaffhausen, Aargau, Tessin und Basel-Stadt identische Anliegen an den Bund – bisher ohne Erfolg.

Der Kantonsrat will die Rekursmöglichkeiten der Tierversuchskommission (TVK) nicht einschränken. Er hat eine parlamentarische Initiative der SVP mit 159 zu 5 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 230/2018](#)). Mit der PI wurde verlangt, dass ein Rekurs gegen einen Tierversuch nur noch dann möglich sein soll, wenn eine Mehrheit der TVK dies fordert. Bisher brauchte es dafür nur drei der elf Stimmen. Auslöser für den Vorstoss war ein blockierter Affenversuch.

Das Parlament hat ein Postulat der FDP betreffend eine kostendeckende Finanzierung der Gerontopsychiatrie in Heimen ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([5754](#)).

Der Betrieb der Triagestelle zur Koordination der Notfalldienste und Patientenvermittlung (das sogenannte Aertzefon), die derzeit durch die Ärztesgesellschaft betrieben wird, wird per 2027 öffentlich ausgeschrieben ([KR-Nr. 358/2017](#)). Der Kantonsrat hat in erster Lesung einer geänderten PI der GLP zugestimmt, mit der eine entsprechende Änderung des Gesundheitsgesetzes gefordert wurde.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der GLP mit 145 zu 21 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt, mit der die Gemeinden die Möglichkeit erhalten hätten, die Koordination der Notfalldienste auch anderweitig als über die Triagestelle zur Koordination der Notfalldienste und Patientenvermittlung (Aertzefon) sicherzustellen ([KR-Nr. 359/2017](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der GLP mit 165 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, mit der für die Gemeinden eine Beschränkung der Kosten der Triagestelle zur Koordination der Notfalldienste und Patientenvermittlung (Aertzefon) auf maximal 2 Franken pro Einwohnerin oder Einwohner gefordert wurde ([KR-Nr. 360/2017](#)).

(sda)